

Helaba

FINANZPLATZ-FOKUS

21. Oktober 2020

Bankenstandort Frankfurt im Zeichen von Corona

AUTOR
Ulrike Bischoff
Telefon: 0 69/91 32-52 56
research@helaba.de

REDAKTION
Dr. Stefan Mitropoulos

HERAUSGEBER
Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirt/
Leitung Research

Helaba
Landesbank
Hessen-Thüringen
MAIN TOWER
Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/91 32-20 24
Telefax: 0 69/91 32-22 44

Für die deutsche Bankenbranche ist die Corona-Pandemie ein großer Belastungsfaktor, der sich bald niederschlagen dürfte und damit zu bereits bestehenden Herausforderungen wie dem andauernden Niedrigzins hinzukommt. Spätestens mit der wiedereinsetzenden Insolvenzantragspflicht Anfang 2021 ist hierzulande vermehrt mit Kreditausfällen zu rechnen. Für die deutsche Finanzbranche insgesamt sollten die Corona-induzierten Auswirkungen nach aktueller Einschätzung verkraftbar sein. Mittelfristig bleiben allerdings die Risiken im nationalen wie im internationalen Finanzsystem hoch.

Vor diesem Hintergrund ändern wir unsere Beschäftigungsprognose für den Frankfurter Bankenstandort. Denn der positive Beschäftigungseffekt durch den Brexit dürfte im Prognosezeitraum etwas gestreckter verlaufen (2020-2022: rund 2.000 neue Jobs) und die mittlerweile verstärkte Konsolidierung nicht mehr überkompensieren. Für Ende 2022 erwarten wir nun etwa 62.700 Bankmitarbeiter in Frankfurt. Dies sind rund 2.000 bzw. 3 % weniger als zum Zeitpunkt des Pandemie-Ausbruchs Anfang 2020.

Die Corona-Krise hat weitreichende Konsequenzen für zahlreiche Lebens- und Arbeitsbereiche. Die weltweit hohen Infektionszahlen sind eine menschliche Katastrophe, und obendrein bedeutet der aus der Pandemie resultierende Wirtschaftseinbruch für viele Arbeitslosigkeit sowie Unternehmensinsolvenzen. Angesichts der unkalkulierbaren Corona-Zahlen ohne Vorhandensein eines Impfstoffes ist das Ende dieser herausfordernden Zeit noch nicht absehbar.

Gleichwohl stellt sich am Finanzplatz Frankfurt die Frage nach den krisenbedingten Auswirkungen auf das deutsche Finanzzentrum, auch hinsichtlich seiner europäischen Wettbewerbspositionierung. Noch ist es zu früh, um dies abschließend bewerten zu können. Schließlich sind Volkswirtschaften wie Finanzplätze rund um den Globus mitten im Anpassungsprozess in Reaktion auf die Corona-Pandemie, und die Unsicherheit bleibt erst einmal hoch. Der Blick auf die diesjährige Entwicklung am deutschen Bankenzentrum ermöglicht jedoch schon erste Einschätzungen sowie eine Prognose über die Beschäftigung in den Frankfurter Banken.

Was war los am deutschen Bankenzentrum 2020?

Infolge der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung herrschte in diesem Frühjahr eine besondere Atmosphäre im Bankendistrikt. „Spooky“ schien es in Frankfurt, ähnlich wie in London oder Paris. Denn es war auf eigenartige, unbekannte Weise ruhig im Bankenviertel. Statt der sonst üblichen Umtriebigkeit war kaum etwas los auf den Straßen der Main-Metropole und eine beklemmende Atmosphäre spürbar angesichts des weltweit um sich greifenden Virus. Die Bürotürme wirkten wie verwaist, fast schon geisterhaft mutete es auf vielen Fluren an. Vor Ort arbeitete nur die nötige Minimalbesetzung, die meisten Mitarbeiter vom Homeoffice aus. Lunch-Meetings und Shopping in der Mittagspause fielen aus, stattdessen wurden ein Supermarkt-Sandwich oder das Ergattern von Seife im nahegelegenen Drogerie-Markt zum „Highlight“ inmitten von Arbeitstagen mit begrenzten Sozialkontakten. Auf Basis vermehrter Video- und Telefonkonferenzen sowie Mails ging das Geschäftsleben an den Finanzplätzen dennoch weiter, wobei es beispielsweise durch zeitweilige IT-Überlastungen wohl auch zu Effizienzverlusten kam.

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

Corona-Krise hinterlässt Spuren am Finanzstandort

Mit Lockerung der Corona-Maßnahmen ab Mai erwachte am deutschen Finanzzentrum wieder mehr Leben. Unter Einhaltung von Sicherheitsmaßnahmen inklusive der mittlerweile obligatorischen Maske verkehren etliche Menschen in den Straßen des Frankfurter Bankenviertels sowie in den umliegenden Geschäften und Restaurants. Viele Banker arbeiten allerdings nach wie vor im Homeoffice oder sitzen in den Bankentürmen ausgedünnt auf Abstand. Hierzu kommen Mitarbeiter eines Teams rotierend an ihren Büroarbeitsplatz. Der oftmals weiterhin fehlende face-to-face-Austausch in Meetings oder auf dem Flur und die nur noch begrenzte Möglichkeit zu unkomplizierten Treffen in der Innenstadt beeinflussen das Geschäftsgebaren und perspektivisch womöglich auch die Innovationskraft. So hinterlässt das Corona-Virus seine Spuren am hiesigen Finanzstandort. Allerdings ist Frankfurt in dieser Hinsicht weniger betroffen als London, wo die Homeoffice-Quote im Spätsommer noch weitaus höher lag als in anderen europäischen Städten und die Straßen nach wie vor menschenleer wirkten. Unlängst kam es in Europa zum besorgniserregenden Wiederanstieg der Infektionszahlen und so auch zu neuerlichen Gegenmaßnahmen.

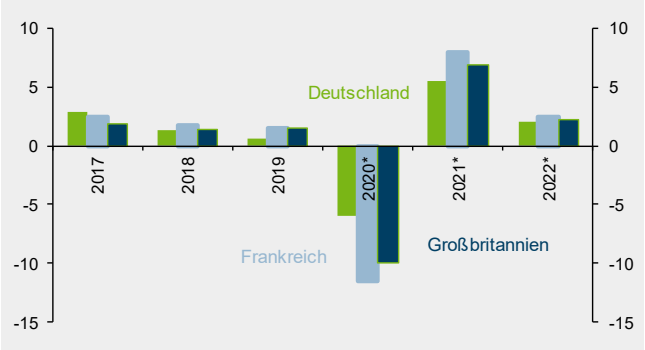
Speziell für die Bankenbranche stellt die Corona-Krise eine zusätzliche Belastung dar, manifestiert durch ein schwieriges gesamtwirtschaftliches Umfeld und damit erhöhte Kreditausfallrisiken: Nach dem beispiellosen Konjunktureinbruch in der ersten Jahreshälfte 2020 setzte mit Lockerung der Corona-Restriktionen im Frühsommer eine Erholung in Deutschland und der Weltwirtschaft ein. Vor dem Hintergrund eines voraussichtlich sehr starken Wachstums im dritten Quartal und wieder erhöhter Infektionszahlen hierzulande dürfte sich der Aufschwung nun in vermindertem Tempo fortsetzen. So wird es noch einige Zeit dauern, bis das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf das Vorkrisenniveau zurückkehrt. Trotz wirtschaftspolitischer Stützungsmaßnahmen in Rekordhöhe dürften etliche Unternehmen die Krise letztlich nicht überstehen. Mit steigender Anzahl von Insolvenzen nehmen die Kreditausfälle zu und damit der Druck auf die Banken.

Bankenbranche mit Sonderrolle in dieser Krise

Denn ohnehin sind die Rahmenbedingungen für die deutschen Institute schon seit Jahren herausfordernd angesichts Niedrigzins, Digitalisierung und weitreichender Regulierungsanforderungen. So haben viele Kreditinstitute seit Jahresanfang erhebliche Rückstellungen für ihre erhöhten Kreditrisiken gebildet und fahren einen konsequenten Sparkurs. Dank temporär regulatorischer Erleichterungen konnten sie ihre Eigenkapitalpuffer ausbauen für eine bessere Kompensation der Krisen-Belastungen, was einen stabilisierenden gesamtwirtschaftlichen Effekt ausübt. Damit ist die Bankenbranche – anders als in der globalen Finanzkrise – diesmal nicht Ursache der Verwerfungen. Vielmehr kommt ihr als finanzieller Motor einer Volkswirtschaft eine wirtschaftspolitisch geförderte Sonderrolle zu, indem durch angepasste Kreditlinien und die Durchleitung öffentlicher Hilfsgelder Liquiditätsengpässe vermieden werden sollen.

Corona-Rezession 2020 in Deutschland weniger massiv als in Frankreich und Großbritannien

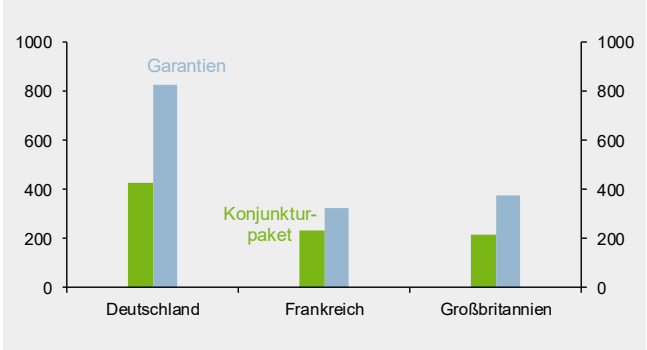
Reales BIP in % gg. Vj.



* Prognose; Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Staatliche Unterstützung in Deutschland am höchsten – auch via Banken als durchleitende Stellen

Mrd. Euro



Quellen: IWF, OBR, Helaba Volkswirtschaft/Research

Umfangreiche Staatshilfen gerade in Deutschland

In Deutschland ist die vom Staat gewährte Unterstützung besonders umfangreich, verglichen mit den anderen großen Finanzstandorten: Das deutsche Konjunkturpaket (Bund und Länder) beläuft sich auf insgesamt 427 Mrd. Euro und die staatlichen Garantien haben ein Volumen von 827 Mrd. Euro. Demgegenüber kommen Frankreich und Großbritannien auf 235 Mrd. Euro bzw. 213 Mrd.

Euro für ihr Konjunkturpaket, die dortigen Garantien belaufen sich auf 331 Mrd. Euro und 377 Mrd. Euro. Weitere Maßnahmen bzw. Verlängerungen bisheriger Hilfen sind angekündigt. Neben den nationalen Konjunkturpaketen gibt es auch supranationale Unterstützung, vor allem in Form des EU-Wiederaufbaufonds (750 Mrd. Euro). Ferner ist die Europäische Zentralbank (EZB) mit zahlreichen Maßnahmen insbesondere zur Liquiditätsversorgung überaus aktiv.

Deutsche Rezession vergleichsweise glimpflich

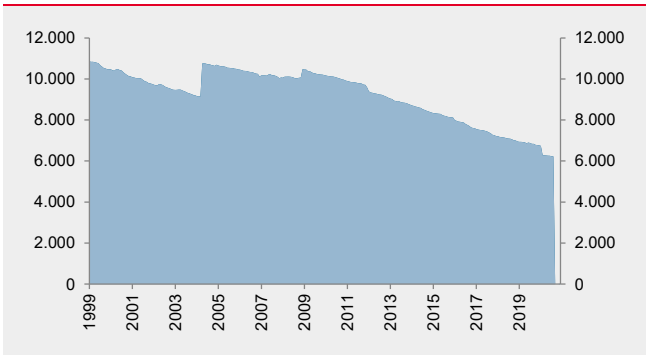
Gleichwohl war in allen drei Ländern 2020 das Abrutschen in eine tiefe Rezession unabwendbar, die allerdings in Deutschland vergleichsweise weniger massiv ist. Auch im internationalen Vergleich kommt Deutschland wohl noch glimpflich durch die Krise. Für das laufende Jahr ist hierzulande ein Rückgang des BIP um 6 % zu erwarten. Der stärkere Einbruch in Frankreich um voraussichtliche 11,5 % geht auf den längeren und deutlicheren Lockdown dort zurück, ähnlich verhält es sich mit der absehbaren Schrumpfung um 10 % in Großbritannien. So dürfte dann auch die Gegenbewegung 2021 in Deutschland mit einem BIP-Anstieg von 5,5 % etwas geringer ausfallen als in Frankreich und Großbritannien mit 8 % bzw. 7 %. Bis zu einer umfassenden gesamtwirtschaftlichen Normalisierung wird es trotz wirtschaftspolitischer Rekordhilfen jedoch dauern.

Wie entwickelt sich die Bankenanzahl in Europa?

In der europäischen Bankenbranche vollzieht sich bereits seit längerem ein Konsolidierungsprozess, der im Zuge der Corona-Krise noch deutlicher zutage treten sollte. Schließlich wird die Pandemie zusätzlich zum anhaltend niedrigen Zinsumfeld immer mehr zur Belastungsprobe für die Banken. Ein Zusammenschluss von Instituten kann durch Kostensynergien und Effizienzsteigerungen zu einem rentableren, wettbewerbsfähigeren Geschäftsmodell verhelfen. Indes ermuntert die EZB zum frühzeitigen Dialog und zeigt sich seit einigen Monaten auch für grenzüberschreitende Fusionen offen.

EU: Noch über 6.200 Banken – Tendenz abnehmend

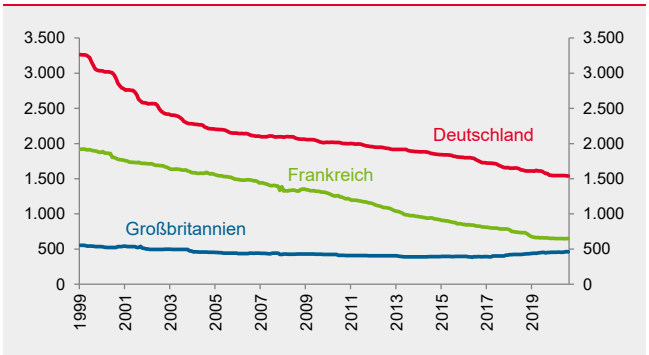
Anzahl MFIs*



* Monetäre Finanzinstitute, im Zeitablauf räumlich variierende Zusammensetzung der EU;
Quellen: EZB, Helaba Volkswirtschaft/Research

Deutschland weiterhin mit den meisten Banken

Anzahl MFIs*



* Monetäre Finanzinstitute;
Quellen: EZB, Bank of England, Helaba Volkswirtschaft/Research

Jahrelang rückläufige Anzahl von Instituten

Seit vielen Jahren ist die Anzahl monetärer Finanzinstitute in Europa kontinuierlich rückläufig: In der EU insgesamt ist diese von Anfang 1999 bis Spätsommer 2020 um über 40 % auf gut 6.200 gesunken. Im gleichen Zeitraum ist die Bankenanzahl Deutschlands und insbesondere Frankreichs überdurchschnittlich stark zurückgegangen (-53 % und -66 %), während sich die ohnehin geringe Institutsanzahl Großbritanniens unterdurchschnittlich reduzierte (-17 %). Aufgrund der differierenden Struktur der Bankensysteme liegt die Anzahl hierzulande mit über 1.500 weitaus am höchsten. Dahingegen gibt es in Frankreich und Großbritannien eine recht hohe Konzentration mit rund 650 bzw. 460 monetären Finanzinstituten.

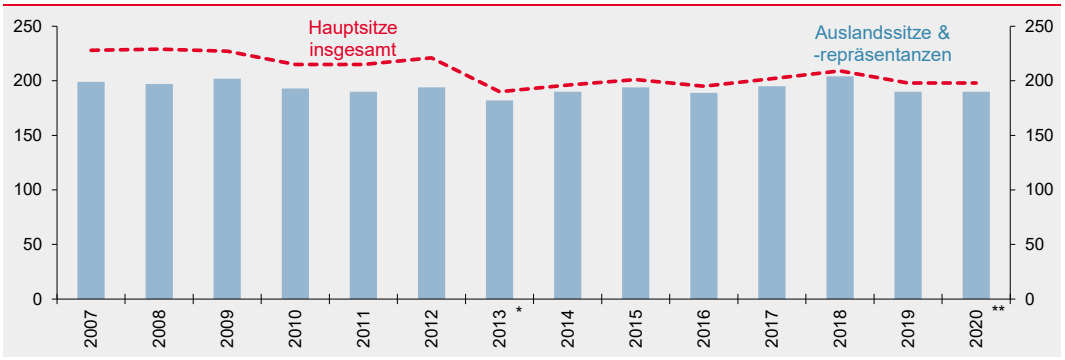
Für Auslandsbanken ist das deutsche Finanzzentrum mit seinen zahlreichen Standortqualitäten nach wie vor ein attraktiver Standort: Von einer breit angelegten Repatriierung, die ausländische Institute in Krisenzeiten angeblich an ihre Heimatstandorte vornehmen, ist hierzulande bislang kaum etwas zu spüren. Mit Hinblick auf die Anzahl ausländischer Institute verhält es sich nun ähnlich wie

Starkes Engagement von Auslandsbanken am deutschen Finanzzentrum

schon infolge der Finanzkrise. Weiterhin zeigen diese eine starke Präsenz am Frankfurter Bankenplatz. So betrieben Mitte 2020 rund 160 Auslandsbanken ihre Geschäfte von der Main-Metropole aus. Dies sind stattliche 80 % aller hier mit Hauptsitz angesiedelten Banken. Darüber hinaus gab es 30 ausländische Repräsentanzen, die oftmals mit der Perspektive einer späteren Vollbanklizenz zur Kontaktanbahnung vor Ort angesiedelt sind. Im Zuge der globalen Corona-Krise ist bis dato ein starkes Kreditengagement der Auslandsbanken in der Bundesrepublik zu beobachten. Einige dieser Institute wollen bewusst mehr im deutschen Markt agieren, neue Geschäftsfelder etablieren und ihre Geschäftsbeziehungen langfristig auf- bzw. ausbauen. Dazu gehören auch die Brexit-Banken, von denen viele Frankfurt auserkoren und den Standort damit zum Favorit in Europa gemacht haben.

Finanzplatz Frankfurt für zahlreiche Auslandsbanken ein wichtiger Standort

Bankenanzahl in Frankfurt (Jahresendstand)



* statistischer Bruch, ** 2. Quartal 2020; Quellen: Deutsche Bundesbank, Helaba Volkswirtschaft/Research

In einer Helaba-Umfrage unter hiesigen Brexit-Bankern im Sommer 2019 zeigte sich deutlich, dass Frankfurt beruflich wie privat viel zu bieten hat.[1] Als zentrale Gründe für die Standortwahl dieser Banken zugunsten Frankfurts wurden dabei genannt: Wirtschaftsstärke Deutschlands, bestehende Bankinfrastruktur, Finanzplatz-Bedeutung an sich, wichtige Akteure Europas vor Ort sowie zentral gelegener Verkehrsknotenpunkt. Aus persönlicher Sicht schätzten die Umfrageteilnehmer insbesondere die ausgeprägte Internationalität, enorme Zeitersparnis, Attraktivität für Familien, hohe Lebensqualität sowie eine vielfältige Stadtentwicklung.

Gros hiesiger Standortqualitäten weiter wichtig

Das Gros dieser Standorteigenschaften ist auch weiterhin wichtig, wenngleich manches unter Corona-Bedingungen zumindest vorübergehend in anderem Licht erscheint. Vorzüge wie die Drehscheibenfunktion kommen beispielsweise in der derzeitigen Sondersituation weniger zum Tragen, sind aber hinsichtlich der langfristigen Ausrichtung der Brexit-Banken grundsätzlich weiter von Belang. Auch mit der Wirtschaftsstärke Deutschlands ist es gegenwärtig zwar nicht so weit her, was sich jedoch im Vergleich mit Frankreich und Großbritannien relativiert. Und dass Internationalität gegenwärtig kaum ausgespielt werden kann, betrifft alle Finanzstandorte gleichermaßen.

Indes sind nicht wenige der mittlerweile in Frankfurt angekommenen Brexit-Banker positiv überrascht von der Main-Metropole, während sich für London durch diesen mehrjährigen Geschäftsverlagerungsprozess mehr als nur ein Imageschaden abzeichnet. Neben der Pandemie ist der Finanzdistrikt der City vom Auslaufen der Brexit-Übergangsfrist zum Jahresende belastet. Die Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit ohne Freihandelsabkommen wächst und es wird über ein Äquivalenz-Regime spekuliert. Für den Finanzdienstleistungssektor würde dies bedeuten, dass britische Richtlinien in zahlreichen Bereichen mit denen der EU als gleichwertig anerkannt werden, wobei die EU die Äquivalenzerklärung kurzfristig unilateral aufkündigen könnte. Nach wie vor ist unklar, ob und wie in London ansässige Finanzinstitute ab dem Jahreswechsel Zugang zum EU-Markt haben werden. So unschön der Mitte 2016 angestoßene Brexit-Prozess insgesamt auch ist, Standorte wie Frankfurt profitieren hiervon mit Hinblick auf ihre Stellung im europäischen Finanzplatz-Kontext.

[1] Vgl. Helaba Volkswirtschaft/Research (Oktober 2019): „Finanzplatz Frankfurt: Mehr als Brexit“

Insgesamt ist das deutsche Finanzzentrum als führendes in Kontinentaleuropa gut positioniert, sollte allerdings aktiv an seiner Fortentwicklung dranbleiben und sich im Wettbewerb souverän zeigen – sei es bei der aufsichtsrechtlichen Ausgestaltung oder mittels eines konzertierten Standortmarketings. Gerade auch eine Verbesserung in zukunftsweisenden Bereichen wie Nachhaltigkeitsfinanzierung ist wichtig.

Ausbau von Nachhaltigkeitsfinanzierung wichtig

Die Pandemie hat das Thema Nachhaltigkeit bzw. Klimawandel zwar vorübergehend etwas in den Hintergrund treten lassen, ist aber gleichzeitig ein aktuelles Beispiel dafür, dass mit entschlossenen politischen Anreizen und breiter gesellschaftlicher Unterstützung die Anpassung von gewohnten Verhaltensmustern zeitnah möglich ist. „Sustainable Finance“ ist unerlässlich beim Wandel hin zum Weltwirtschaftssystem der Zukunft und wird damit zu einem immer bedeutenderen Wettbewerbsfaktor im internationalen Finanzplatzgefüge.[2] Frankfurt als Herzstück des deutschen Finanzwesens bieten sich hier mit fokussiertem, koordiniertem Engagement gute Möglichkeiten zur Weiterentwicklung.

Wie ist das deutsche Bankensystem zu bewerten?

Niedrigzins und zeitverzögert Pandemie als große Belastungen

Die krisenbedingten Auswirkungen auf die Bankenbranche rund um den Globus lassen sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht umfassend beurteilen. Die wirkliche Belastungsprobe steht noch aus. Zusätzlich zur andauernden Niedrigszinsphase sind Effekte der epidemiologischen und damit zusammenhängenden makroökonomischen Entwicklungen auf die Ertragslage der Banken zeitverzögert zu erwarten. Denn dass die deutschen Banken bislang recht gut durch die aktuelle Krise gekommen sind, ist maßgeblich auf die wirtschaftspolitischen Hilfsprogramme und regulatorischen Erleichterungen zurückzuführen. Im laufenden Jahr profitierten die Banken hierzulande bislang von einer „Sonderkonjunktur“ in Form einer starken Nachfrage nach Unternehmenskrediten, Absicherungs- und Anlageprodukten. Gleichzeitig haben die begrenzten Geschäftsmöglichkeiten in anderen Bereichen und die vermehrten Rückstellungen allerdings ihren Gewinn verringert. Erst einmal fand die erhöhte Risikovorsorge vor allem aufgrund von verschlechterten Ratings der Kreditnehmer statt. So ging der Risikokostenanstieg bis dato eher auf zu erwartende Kreditausfälle zurück als auf bereits eingetretene Verluste.

Spätestens mit wiedereinsetzender Insolvenzantragspflicht Anfang 2021 dürfte es in Deutschland vermehrt zu Kreditausfällen kommen, die sich negativ in den Bankbilanzen niederschlagen. Umso mehr müssen sich die Banken mit der Modifizierung ihrer Geschäftsmodelle zwecks Rentabilitätssteigerung auseinandersetzen. Dies ist gerade für die Institute, die schon vor Corona schwach aufgestellt waren, eine große Herausforderung. Bei diesen strategischen Maßnahmen zur strukturellen Anpassung an die Marktgegebenheiten ist neben einem Spar- insbesondere auch ein verstärkter Digitalisierungskurs wichtig für eine gute Wettbewerbspositionierung.

Deutsche Finanzaufseher: Pandemie-Effekt verkraftbar – keine Entwarnung

Für die deutsche Finanzbranche insgesamt sind die Pandemie-Belastungen nach Ansicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) voraussichtlich verkraftbar. Bei einer Verschärfung der Lage könne sich jedoch die Kapitalausstattung der Banken spürbar verschlechtern. Der spezielle Corona-Stresstest von BaFin und Deutscher Bundesbank zur Jahresmitte hat gezeigt, dass selbst im Falle einer schwerer als erwarteten Beeinträchtigung der deutschen Volkswirtschaft der Durchschnitt der kleineren und mittelgroßen Kreditinstitute weiterhin ausreichend kapitalisiert und damit stressresistent wäre.[3] Mit Hinblick auf die gesamte Systemstabilität ist es gleichwohl zu früh für eine Entwarnung.

So attestierte die Deutsche Bundesbank in ihrem jüngsten Bericht dem deutschen Finanzsystem Stabilität und ein bis dato gutes Funktionieren in der zentralen Rolle für die Gesamtwirtschaft.[4] Im

[2] Vgl. Helaba Volkswirtschaft/Research (März 2020): „Frankfurt auf nachhaltigem Weg“

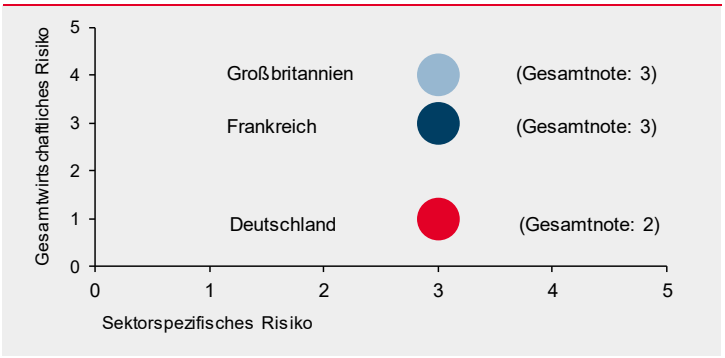
[3] Einbruchszenario im Stresstest: knapp 11 % BIP-Reduktion in 2020; Maßnahmen der Institute zum Gegensteuern und staatliche Hilfsprogramme blieben dabei unberücksichtigt.

[4] Vgl. Deutsche Bundesbank (Oktober 2020): „Finanzstabilitätsbericht 2020“

privaten wie öffentlichen Bereich sollten Vorbereitungen auf zunehmende Solvenzprobleme von Unternehmen getroffen und in den Banken vorhandene Kapitalpuffer für eine weiterhin angemessene Kreditvergabe genutzt werden. Mittelfristig erwartet die Bundesbank, dass die Verwundbarkeiten im Finanzsystem national wie international tendenziell zunehmen.

Wie ist das hiesige Bankensystem aktuell im europäischen Kontext zu sehen, insbesondere im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien als Hauptkonkurrenten im Finanzplatz-Wettbewerb? Die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) verwendet zur Beurteilung von Bankensystemen weltweit eine 10-stufige Systematik namens BICRA („Banking Industry Country Risk Assessment"). Basierend auf zahlreichen Indikatoren wird eine gesamtwirtschaftliche und eine bankensektorspezifische Einstufung vorgenommen sowie eine Gesamtnote gebildet, aus der sich das Risiko einer nationalen Bankenkrise ableiten lässt.

Bewertung von Bankensystemen in Europa (BICRA)*



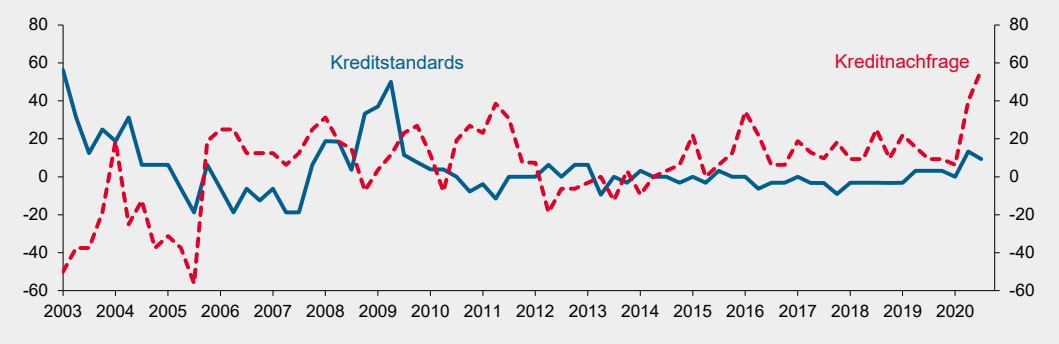
*BICRA = Banking Industry Country Risk Assessment, Skala jeweils von 1-10 (Gruppe 1 bedeutet niedrigstes bis 10 höchstes Risiko); Quellen: S&P, Helaba Volkswirtschaft/Research

Deutsches Bankensystem rangiert vor französischem und britischem laut BICRA

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie hat S&P nichts Grundlegendes an seiner Bewertung der großen europäischen Bankenstandort-Länder geändert: Deutschlands Bankensystem rangierte bis zuletzt in der Gesamtgruppe 2 der BICRA-Terminologie, wobei das gesamtwirtschaftliche Risiko mit der Bestnote 1 und das sektorspezifische mit 3 klassifiziert wurde. Die Bankensysteme Frankreichs und Großbritanniens wurden etwas schlechter eingeordnet, und zwar in der BICRA-Gesamtstufe 3. Denn bei gleichem sektorspezifischen Risiko lag das gesamtwirtschaftliche Risiko dort höher gemäß S&P-Einschätzung (3 bzw. 4). Der Ausblick speziell beim bankensektorspezifischen Risiko war für Großbritannien bis zuletzt stabil, während er für Deutschland und mittlerweile auch für Frankreich negativ eingestuft wurde.

Bank Lending Survey: Vermehrtes Unternehmenskreditgeschäft in Deutschland

Nettoanteil der befragten Banken in %



Quellen: Deutsche Bundesbank, Helaba Volkswirtschaft/Research

Kreditgeschäft deutscher Banken hat angezogen

Auch die Ergebnisse des Bank Lending Survey (BLS), der von der EZB bzw. den nationalen Zentralbanken durchgeführt wird, verschaffen gerade in herausfordernden Zeiten wertvolle Einblicke in den Zustand des Bankwesens. Dabei handelt es sich um eine qualitative Erhebung zum Kreditgeschäft der Banken, die eine zeitnahe Einschätzung der Marktentwicklung sowohl angebots- als auch nachfrageseitig ermöglicht. Seit 2003 wird diese Quartalsumfrage unter mittlerweile rund 150 Banken in der Eurozone durchgeführt, hierzulande umfasst die repräsentative Stichprobe über 30 Banken verschiedener Institutsgruppen.[5] In der ersten Jahreshälfte 2020 zeigte sich in Deutschland ein verstärkter Zuwachs bei der Kreditvergabe an Unternehmen, wofür die umfangreichen staatlichen Maßnahmen zur krisenbedingten Stützung des Unternehmenssektors ausschlaggebend gewesen sein dürften. Gleichzeitig wurden die Kreditstandards und -bedingungen per saldo verschärft, d.h. die internen Vergabekriterien im Unternehmenskreditgeschäft von den deutschen Banken angezogen. Die tatsächliche Entwicklung des Unternehmenskreditgeschäfts in Deutschland war bis zur Jahresmitte stabil.

Krisenbedingte Auswirkungen letztlich noch nicht absehbar

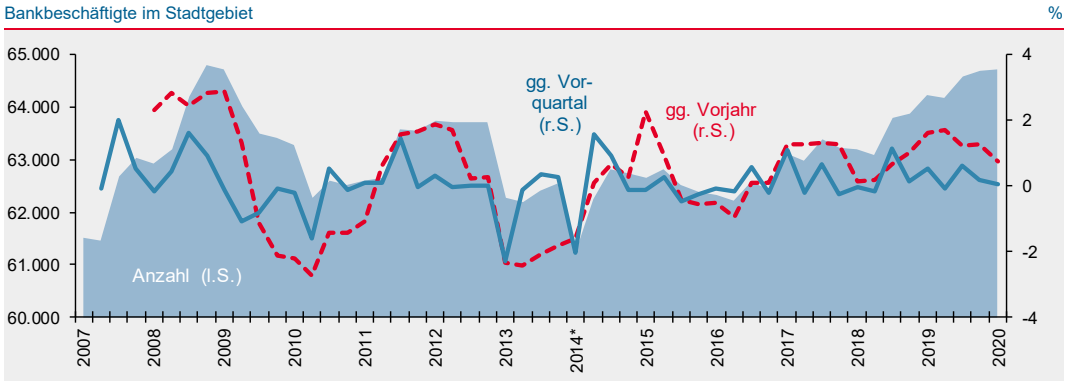
So konnte mittels umfangreicher geld- und fiskalpolitischer Hilfen eine Liquiditätsklemme abgewendet werden, aufsichtsrechtliche Maßnahmen haben zur Stabilisierung der Kreditvergabe beigetragen. Die in Folge der Finanzkrise 2008/2009 reformierte Regulierung hat die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensystems grundsätzlich erhöht und die Regulierungs- bzw. Aufsichtsinstanzen mit einem größeren Instrumentarium ausgestattet. Allerdings operieren Behörden wie Banken derzeit unter besonders hoher Unsicherheit. Inmitten des erst angelaufenen Anpassungsprozesses sind die krisenbedingten Konsequenzen für das hiesige Bankenzentrum letztlich noch nicht absehbar, zumal für die Gesamtwirtschaft das Risiko eines Rückschlags besteht.

Welche Beschäftigungsperspektiven ergeben sich für Frankfurt?

Zuletzt 64.700 Bankbeschäftigte in Frankfurt

Die Beschäftigung am deutschen Bankenzentrum verläuft seit vielen Jahren in moderaten Wellen. Infolge der globalen Finanzmarktkrise gab es in Frankfurt nur überschaubare Personalanpassungen, zunächst bis Mitte 2010. Dann wurden bereits wieder mehr Banker in der Main-Metropole eingestellt, bis es im ersten Halbjahr 2013 zu einer erneuten Gegenbewegung und auch einem statistischen Sondereffekt Anfang 2014 kam. Ausgehend vom damaligen Tiefstand bei knapp 61.300 Bankmitarbeitern ging es seitdem tendenziell aufwärts. So erreichte die Frankfurter Bankbeschäftigung zum Jahresende 2019 einen Stand von 64.700 und hielt sich auch im Folgequartal auf diesem Niveau.

Frankfurter Bankbeschäftigung verläuft in moderaten Wellen



* statistischer Bruch; Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Helaba Volkswirtschaft/Research

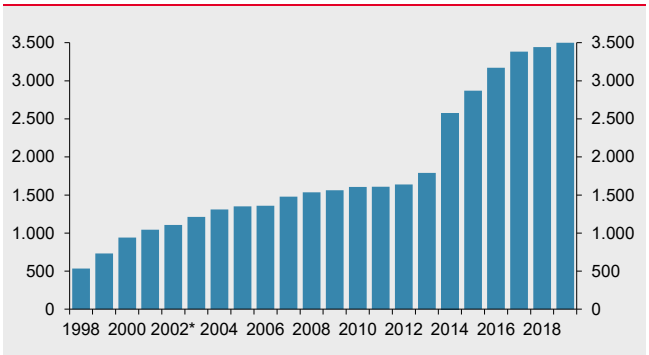
[5] Da im BLS die Stichprobengröße der einzelnen Euro-Mitgliedsländer differiert und diese auch seit Erhebungsbeginn modifiziert wurde, kann kein direkter Vergleich zwischen den Ländern oder im Zeitablauf gezogen werden.

Konsolidierung überkompensiert

Der Mitarbeiterzuwachs um 6 % im Zeitraum 2014-2019 ist zum einen auf einen erhöhten Personalbedarf insbesondere für Regulierungsbelange sowie Digitalisierung zurückzuführen. Hierbei spielt der Ausbau der EZB ab Ende 2014 zum obersten europäischen Aufsichtsorgan für Banken eine entscheidende Rolle. Dort wurden in den letzten sechs Jahren insgesamt über 1.700 neue Mitarbeiter eingestellt, so dass es bei der EZB mittlerweile rund 3.500 Beschäftigte gibt. Dies hat tendenziell auch einen höheren Personalbedarf bei den Instituten nach sich gezogen, die von der EZB beaufsichtigt werden und mit ihr im direkten Dialog stehen. Zudem hat das Brexit-Referendum von Sommer 2016 mittlerweile signifikante Geschäftsverlagerungen von der Themse an den Main und einen entsprechenden Auf- und Ausbau der hiesigen Mitarbeiterkapazitäten bewirkt. Schließlich rangiert Frankfurt hoch in der Gunst von Brexit-Banken und damit weit vor anderen europäischen Bankenstandorten.[6] Insgesamt haben die zahlreichen Neueinstellungen in den letzten Jahren die Konsolidierung am deutschen Bankenzentrum noch deutlich überkompensiert.

EZB als Beschäftigungsmotor in Frankfurt

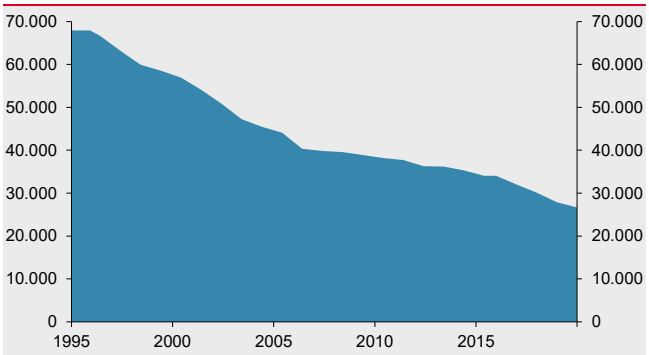
Mitarbeiter (Jahresendstand)



* Vollzeitäquivalente
Quellen: EZB, Helaba Volkswirtschaft/Research

Filialabbau in Deutschland schreitet voran

Anzahl deutscher Bankfilialen*



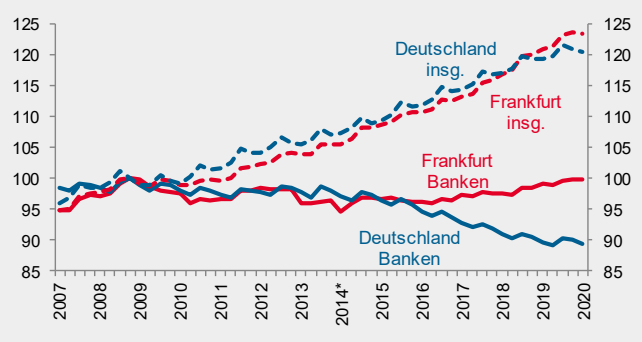
* inklusive Deutscher Postbank
Quellen: Deutsche Bundesbank, Helaba Volkswirtschaft/Research

Digitalisierung als Schubkraft für Filialausdünnung

Begünstigt wurde dies ferner durch den innerdeutschen Konzentrationsprozess im Bankwesen auf die Konzernzentralen in Frankfurt. Die Main-Metropole wird nicht nur immer populärer, sondern ist schlichtweg auch weniger vom sich in der Fläche vollziehenden Filialabbau betroffen. Seit Anfang der 1990er Jahre gibt es in Deutschland einen Trend zur Filialausdünnung, der durch die Digitalisierung weitere Schubkraft erhält. Gleichwohl ist die physische Interaktion im Kundengeschäft nicht gänzlich wegzudenken. Mit knapp 26.700 Zweigstellen hierzulande Ende 2019 hat sich die Anzahl seit Beginn des Jahrtausends mehr als halbiert. Damit verändern sich auch die Berufsanforderungen in der Bankenbranche. Anstelle der in der Vergangenheit hohen Anzahl von Mitarbeitern mit klassischer Bankausbildung für die Arbeit in den Filialen besteht nun in den Konzernzentralen vermehrt Bedarf an Spezialisten mit akademischen Abschlüssen.

Konzentration der Bankbeschäftigung auf Frankfurt …

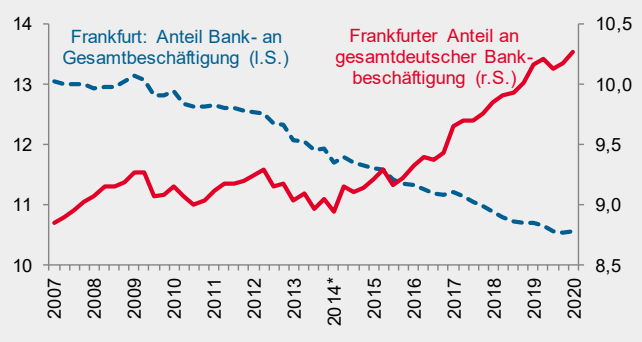
Beschäftigung, indexiert auf das Jahr 2008 = 100



* statistischer Bruch;
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Helaba Volkswirtschaft/Research

… hat sich in den letzten Jahren verstärkt

% %



* statistischer Bruch;
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Helaba Volkswirtschaft/Research

[6] Vgl. Brexit-Map in Helaba Volkswirtschaft/Research (Oktober 2019): „Finanzplatz Frankfurt: Mehr als Brexit"

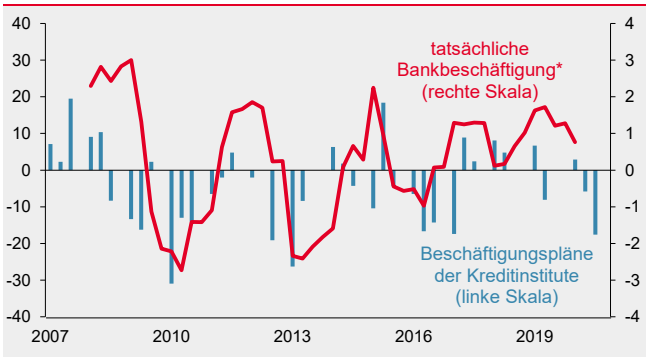
Dementsprechend hebt sich die Bankbeschäftigung Frankfurts bislang positiv vom jahrelang fallenden Trend in Deutschland insgesamt ab. Seit dem Hochpunkt von bundesweit rund 705.400 Bankmitarbeitern Ende 2008 wurden zahlreiche Stellen gestrichen. Die Beschäftigung in den deutschen Kreditinstituten ist seitdem um fast 11 % zurückgegangen bis auf gut 630.100 Anfang 2020. In Frankfurt hingegen lag die Bankbeschäftigung zu Beginn dieses Jahres auf demselben Niveau wie Ende 2008, wobei allerdings auch ein statistischer Sondereffekt zu berücksichtigen ist. Somit ist der Anteil Frankfurts an der gesamtdeutschen Bankbeschäftigung erstmals auf über 10 % gestiegen. Gleichzeitig ist jedoch die Bedeutung des Bankensektors relativ zu anderen Branchen zurückgegangen. Der Anteil der Bank- an der Gesamtbeschäftigung liegt in der Main-Metropole nur noch bei knapp 11 % (gegenüber rund 2 % in Deutschland).

Weiterhin hohe Unsicherheit

Soweit die Beschäftigungssituation in Frankfurt bis zum Ausbruch der globalen Corona-Krise Anfang 2020 – über das erste Quartal dieses Jahres hinaus liegen noch keine Daten für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor. Derweil ist die Stimmung am deutschen Bankenzentrum durch eine hohe Unsicherheit und viele Risiken geprägt. In der Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu den Beschäftigungsplänen der hiesigen Kreditinstitute zeigt sich dies bislang noch nicht in vollem Ausmaß, wenngleich dieser Indikator seit Jahren eine gute Korrelation zur tatsächlichen Beschäftigungsentwicklung in Frankfurt aufweist. So reichen die diesjährigen Resultate der Erhebung bis dato nicht an ihre Tiefstände im Zuge der Finanzkrise heran.

Unsicherheit prägt Stimmung in Frankfurter Banken

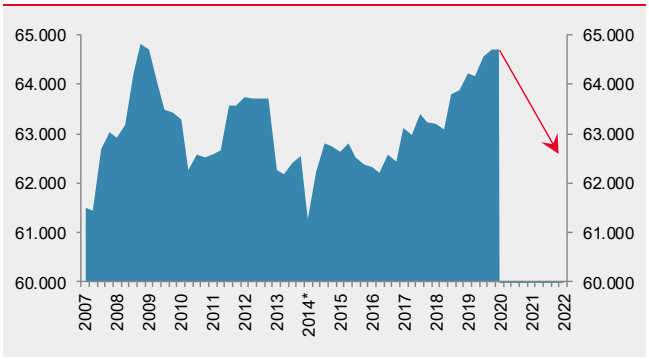
IHK-Umfragesaldo % gg. Vj.



* statistischer Bruch 2014;
Quellen: IHK Frankfurt, Bundesagentur für Arbeit, Helaba Volkswirtschaft/Research

Bankbeschäftigung in Frankfurt nahe Hochpunkt

Bankbeschäftigte im Stadtgebiet



* statistischer Bruch;
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Helaba Volkswirtschaft/Research

Prognose-Anpassung durch Corona-Krise

Corona-bedingt ändern wir unsere Prognose. Wir gehen davon aus, dass die Bankbeschäftigung in Frankfurt nun vorzeitig ihren Zenit erreicht hat. Vor Krisenausbruch hatten wir den Hoch- bzw. Wendepunkt erst zum Jahresende 2021 erwartet. Doch durch die Corona-Sondersituation ist mittlerweile nicht mehr damit zu rechnen, dass der Brexit-Effekt noch über mehrere Quartale den Konsolidierungseffekt überkompensieren kann. Der bisherige Höchststand von rund 64.700 Bankmitarbeitern zum Jahreswechsel 2019/2020 könnte im Verlauf dieses Jahres womöglich temporär noch einmal leicht überschritten worden sein, da die erhöhte Kreditnachfrage durch die Corona-Pandemie vermehrten Personaleinsatz erforderte. Zudem wurde der Konsolidierungsprozess in den deutschen Banken während des Lockdown im Frühjahr wohl für mehrere Wochen auf Eis gelegt, ähnlich auch die Geschäftsverlagerungen der Brexit-Banken.

Infolge der vermutlich schwersten Rezession der Nachkriegszeit ist mit zunehmenden Kreditausfällen und dementsprechend erhöhtem Druck auf die Profitabilität der Institute zu rechnen, was die ohnehin seit Jahren im deutschen Bankwesen laufende Konsolidierung verstärken wird. Obendrein hat sich der Strukturwandel im Bankensektor Corona-bedingt beschleunigt. Die Digitalisierung des Berufs- und Alltagslebens hat neuen Schub bekommen und die Bankfilialen weiter an Bedeutung verlieren lassen. Nicht nur einfache Bankgeschäfte werden häufiger von zuhause aus getätigt, sondern teils auch komplexe Beratungsgespräche per Video oder Telefon geführt. Dieser Trend sollte sich in den nächsten Jahren ebenso fortsetzen wie die Regulierungsanforderungen bei Abklingen der krisenbedingten Sondersituation grundsätzlich wieder anziehen dürften.

Brexit-Effekt: Rund 2.000 neue Jobs bis Ende 2022

Die Brexit-bedingte Umstrukturierung setzt sich derweil fort: Mit dem näher rückenden Ablauf der Übergangsfrist zum Jahresende dürften sich die Prozessanpassungen in den Frankfurter Brexit-Banken zusehends konkretisieren und den Bedarf an qualifiziertem Personal vor Ort erhöhen. Nachdem die EZB-Bankenaufsicht unlängst noch einmal betont hatte, dass die Brexit-Banken ihre neu aufgebauten bzw. ausgebauten Standorte auch wirklich mit ausreichenden Mitarbeiterkapazitäten versehen sollten, sind diese wohl dementsprechend aktiv geworden. Dabei müssen sie ihre Vorbereitungen bis Ende 2020 soweit getroffen haben, dass sie auch im Fall eines No-Deal-Brexit und ohne umfassende Äquivalenzentscheidung ihren Geschäften kontinuierlich nachkommen können. Unsere Prognose eines mehrjährigen Brexit-bedingten Beschäftigungsimpulses für Frankfurt von insgesamt etwa 3.500 Stellen gilt weiterhin. Allerdings dürfte dies von den Instituten zeitlich etwas gestreckt worden sein angesichts der besonderen Herausforderung und Unsicherheit durch die Corona-Pandemie. Nach einem Aufbau von schätzungsweise 1.500 Stellen in den Frankfurter Brexit-Banken 2019 dürften hier im Zeitraum 2020 bis 2022 noch rund 2.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Prognose Ende 2022: 62.700 Banker in Frankfurt

Summa summarum bedeutet dies in unserem Prognosehorizont allerdings einen sichtlichen Rückgang der Frankfurter Bankbeschäftigung: Für Ende 2022 erwarten wir einen Stand von etwa 62.700 Mitarbeitern in den hiesigen Bankentürmen, was rund 2.000 bzw. 3 % weniger sind verglichen mit dem letzten verfügbaren Datenstand Anfang 2020. Sollte im Rahmen der Corona-Entwicklung der Druck auf die deutschen Unternehmen signifikant weiterwachsen, ist eine noch stärkere Konsolidierung in den hiesigen Kreditinstituten zu befürchten und womöglich auch ein zeitlich weiter ausgedehnter Brexit-Prozess. Insgesamt würde dies dann mit einer deutlicheren Reduktion der Bankbeschäftigung einhergehen. In jedem Fall ist die Pandemie eine existenzielle Herausforderung, die genau wie andernorts merkliche Spuren in Frankfurt als bedeutendem europäischen Finanzzentrum hinterlässt. Umso mehr gilt es, fokussiert nach vorn zu blicken und mit konzertiertem Engagement in der Finanzwelt selbstbewusst aufzutreten, um den Finanzstandort Frankfurt bzw. Deutschland zu stärken. ■